

# PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2006-2007

Nr.8

## Ausführlicher Bericht

18. Dezember 2006

## 2. MÖGLICHE ERHÖHUNG DER STUDIENBÖRSE

DER PRÄSIDENT.- Wir kommen zur Frage von Frau Thiemann an Herrn Minister Paasch zur möglichen Erhöhung der Studienbörse. Frau Thiemann hat das Wort.

FRAU THIEMANN (vom Rednerpult).- Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen! Aus der Antwort auf eine Interpellation in der Abgeordnetenversammlung geht hervor, dass die Föderalregierung erst dann an eine steuerliche Abzugsfähigkeit der Mietkosten für Studentenwohnungen denke, wenn seitens der Gemeinschaften eine deutliche Erhöhung der Studienbörsen in Aussicht gestellt würde. Hierzu meine Frage: Denkt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft daran, die Mittel für die Studienbörsen zu erhöhen, um ihren Beitrag zum Gelingen dieser Maßnahme zu leisten? Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Frage von Frau Kollegin Thiemann hat eine lange Vorgeschichte in der föderalen Kammer. Der aus der Provinz Luxemburg stammende cdH-Abgeordnete Joseph Arens hat in den letzten Jahren in der Tat mehrfach den föderalen Finanzminister aufgefordert, die Mietzahlungen für Studentenzimmer für steuerlich absetzbar zu erklären, um die Studienkosten für Studenten an Hochschulen und Universitäten zu mindern. Dies hat er ein erstes Mal am 13. April 1999 über einen Gesetzentwurf in der Abgeordnetenversammlung zur Abänderung des Steuergesetzbuches getan. Das hat er weitere Male in einer jeweiligen Interpellation am 3. Dezember 2003 und 30. November 2006 gefordert. Ich vermute, Sie beziehen sich in Ihrer Frage auf die entsprechende Debatte in der Abgeordnetenversammlung vom 30. November 2006.

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 18. Dezember 2006 - 275 -

Der liberale Finanzminister Reynders hat bereits 1999 in einer Simulation ausrechnen lassen, dass der Föderalstaat bei einem entsprechenden Steuerbonus von durchschnittlich 1.750 EUR bis 2.975 EUR mit einer jährlichen Steuermindereinnahme von 1,1 bis 1,9 Milliarden alter belgischer Franken rechnen müsste.

Vor diesem Hintergrund hat Finanzminister Reynders den Vorschlag des cdH-Abgeordneten auch stets abgewiesen, kürzlich jedoch mit folgendem Hinweis: Studienbeihilfen seien primär eine Angelegenheit der Gemeinschaften. Ihn als liberalen Finanzminister interessiere insbesondere, ob die für das Hochschulwesen in der Französischen Gemeinschaft zuständige cdH-Ministerin Simonet eine Erhöhung der Studienbeihilfen in der Französischen Gemeinschaft ins Auge fassen. In diesem Fall sei er bereit, die mehrfach geführte Diskussion auch auf föderaler Ebene neu aufzurollen.

Da im Bereich der Studienbeihilfen meistens das so genannte Territorialitätsprinzip angewandt wird - der Ort der besuchten Hochschule definiert die für die Gewährung einer Studienbeihilfe vorrangig zuständige Gemeinschaft -, ist gerade die Haltung der von Herrn Reynders direkt angesprochenen cdH-Ministerin Simonet auch für die Studenten aus unserer Gemeinschaft von größter Bedeutung, denn von zirka 300 Hochschulstudenten, die im letzten Schuljahr in den Genuss einer Studienbeihilfe gelangt sind, studierten zirka 180 in der Französischen Gemeinschaft und erhielten folglich auch von der Französischen Gemeinschaft eine Basisstudienbeihilfe.

Sollte also die Französische Gemeinschaft ihre Studienbeihilfen tatsächlich substanziell erhöhen, dann kann das auch Folgen für die deutschsprachigen Studenten haben, die in der Französischen Gemeinschaft studieren. Selbstverständlich würde in diesem Fall auch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf der Grundlage eines Vergleichs zwischen DG und FG ernsthaft über eine Anpassung für Studenten nachdenken, die ein

Studentenzimmer im benachbarten Ausland oder hier an der Autonomen Hochschule mieten.

Auch die Initiative der flämischen Liberalen könnte uns interessieren. Die flämischen Liberalen haben bei besagter Kammerdebatte am 30. November 2006 darauf hingewiesen, dass in Kürze ein umfassender Gesetzentwurf in der Kammer eingebracht werden soll, der eine allgemeine steuerliche Absetzbarkeit von allen Studienkosten, also nicht nur von den Kosten für ein Studentenzimmer, zum Thema haben wird. Diese Diskussion werden wir selbstverständlich mit großem Interesse verfolgen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)

DER PRÄSIDENT.- Möchte die Fragestellerin Stellung zur Antwort des Ministers nehmen?  
Dem ist nicht so.